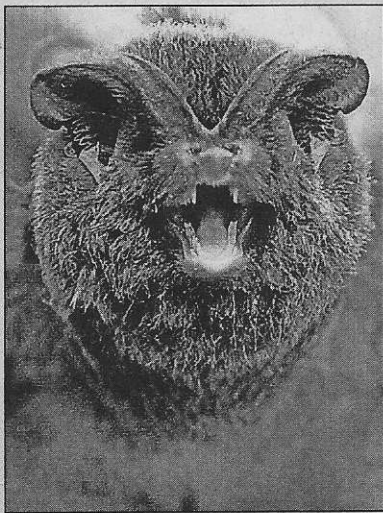


Die Mopsfledermaus-Krise

Flattertier gefährdet Windpark

GNZ 31.12.2014

In Lohrhaupten beginnt im Februar die Mopsfledermaus-Krise: Zahlreiche Wochenstuben der Mopsfledermaus finden sich rund um Lohrhaupten. Dieser Fund macht die Planungen für den Windpark Jossgrund/Flörsbachtal zu nichts. Denn im Umkreis von fünf Kilometern dürfen keine Windkraftanlagen gebaut werden. Für die Öffentlichkeit kommt diese Nachricht aus heiterem Himmel. Die am Projekt Beteiligten hingegen wissen davon bereits seit einem halben Jahr.



Die Mopsfledermaus.

(Foto: re)

Das Vorkommen einer großen Anzahl der besonders geschützten Tierart sei bereits Mitte 2013, im Rahmen der zweiten avifaunistischen Untersuchung, festgestellt worden, bestätigt Flörsbachtals Bürgermeister Frank Soer. Er sieht zu diesem Zeitpunkt den Windpark noch nicht vor dem Aus, da die Fünf-Kilometer-Grenze lediglich eine Handlungsempfehlung der Landesregierung darstelle. Der Betrieb von Windenergieanlagen sei möglich, wenn es gleichzeitig gelinge, die Art zu schützen. Zahlreiche Experten bemühten sich intensiv um Lösungsmöglichkeiten, kündigt Soer ein Konzept an, das lediglich noch mit

Papier gebracht werden muss. Auch Jossgrunds Bürgermeister Schreiber bleibt gelassen und sieht noch nicht das Ende der Windkraft-Pläne. Es gebe in Hessen bereits einen Fall, wo der Fünf-Kilometer-Radius, der normalerweise um die Wochenstuben der Fledermaus gezogen wird, unterschritten werden durfte. Zwar sei es nicht möglich, die Fledermaus umzusiedeln, doch bestehe die Chance, sie gewissermaßen in eine andere Richtung zu locken, indem ihr dort bessere Lebensbedingungen geboten werden.

Die Bürgerinitiative „Windkraft im Spessart – In Einklang mit Mensch und Natur“ ist, wie erwartet, bestürzt über die „skandalöse Informationspolitik“ der Flörsbachtaler Windkraftplaner und vermutet Taktik dahinter: Die Gemeinden hätten unter Ausschluss der Öffentlichkeit das Ziel verfolgt, doch noch kurzfristig eine Genehmigung für Windkraftanlagen in Flörsbachtal zu erhalten, um durch sofortige Rodungen vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Bürgerinitiative droht mit rechtlichen Schritten bis hin zur Klage, sollten die Bundesartenschutzgesetze bei der Realisierung des Windparks nicht ausreichend berücksichtigt werden. Doch zwei Wochen später entschuldigt sich BI-Vorsitzender Hartmut Meins in einer Pressemitteilung öffentlich bei allen Mandatsträgern der Gemeinde Flörsbachtal und verhärtet gleichzeitig die Vorwürfe gegen Soer, da dieser auch das Parlament im Unklaren gelassen habe. Im März kündigt Soer in der Gemeindevertretersitzung an, dass die Naturenergie Main-Kinzig GmbH den Bauantrag für den Windpark Jossgrund / Flörsbachtal

nun einreicht. Es obliege jetzt dem Regierungspräsidium Darmstadt, über die Genehmigung zum Bau von Windenergieanlagen in Flörsbachtal zu entscheiden.

Die HGON hält die Flattertier-Umsiedlungspläne der Windkraftplaner indessen für „Utopie“. Das Ökosystem Wald sei hochkomplex, nicht beliebig vorhanden, und alte Laubwälder mit einer hohen Biodiversität seien nicht innerhalb eines kurzen Zeitraums ersetzbar. Hinzu komme, dass man über die besonderen Lebensraumansprüche der im Wald lebenden Mopsfledermaus relativ wenig wisse.

Im September schließlich lässt ein Gutachten des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung die Windkraftgegner jubilieren. Darin wird, unter anderem, auch das Gebiet für den geplanten Windpark in Flörsbachtal genauer untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass der geplante Windpark Flörsbachtal / Roßkopf genau im Zentrum eines „Hotspots“ der streng geschützten Mopsfledermaus gebaut werden soll.

Oliver Habekost, Geschäftsführer der Naturenergie Main-Kinzig, kommt zu ganz anderen Schlüssen als die BI und sieht im Kernpunkt des Gutachtens die Aussage, dass für Freifeldflächen oder jüngere Nadelbaumschonungen auch kleinere Abstände möglich seien, aber für Wälder, die von der Fledermaus als Jagdgebiete stark genutzt werden, sogar ein Abstand größer als 5 000 Meter eingehalten werden müsse. Habekost verweist auf das Regierungspräsidium und geht weiterhin von der Genehmigungsfähigkeit des Projektes aus. (tmb)